

30.07.2010 / Inland / Seite 5

»Sauerland muß weg«

Duisburg: Demonstranten und Politiker fordern nach Love-Parade-Katastrophe Rücktritt des Oberbürgermeisters. Ratsfraktion Die Linke legt Fragenkatalog vor

Claudia Wangerin

Auch am fünften Tag nach der Duisburger Love-Parade-Katastrophe hat niemand die Verantwortung für den Tod von 21 Menschen übernommen. Diese waren am Samstag auf dem Weg zum Partygelände auf dem alten Güterbahnhof zu Tode gequetscht worden oder später im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Das nordrhein-westfälische Innenministerium erhob am Donnerstag erneut schwere Vorwürfe gegen den Veranstalter Rainer Schaller. Dieser sei nach bisherigen Erkenntnissen für den Einlaß zum Gelände sowie die Sicherheit im Tunnel, der der einzige Zugang war, zuständig gewesen. Innenminister Ralf Jäger (SPD) plädierte allerdings auch für den Rückzug des Oberbürgermeisters Adolf Sauerland (CDU). Gegen den OB demonstrierten am Donnerstag morgen mehrere hundert Menschen vor dem Rathaus. Sie warfen ihm vor, alle Warnungen mißachtet zu haben. »Sauerland muß weg«, skandierte die Menge. »Keiner hier will Sie noch als Oberbürgermeister haben«, rief der Organisator der Kundgebung, Markus Schröder. Nach einer Schweigeminute zogen die Demonstranten durch die Innenstadt.

Auch NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) legte Sauerland den Rücktritt nahe, indem sie der Rheinischen Post vom Donnerstag sagte: »Der Oberbürgermeister und die Verantwortlichen in der Stadtspitze werden sich letztendlich der politischen Verantwortung stellen müssen.« Sauerland selbst lehnte den Rücktritt weiterhin ab und wies gegenüber dem Onlinedienst der WAZ-Gruppe, www.derwesten.de, jede persönliche Verantwortung zurück. Diese »kann es nur geben, wenn es ungerechtfertigte Eingriffe in den Prozeß gegeben hätte. Diese gab es aber nicht«, so Sauerland. Er wolle aus »Pflichtbewußtsein« nicht zurücktreten, sondern dabei helfen, das Desaster aufzuklären. Unklarheit gibt es immer noch darüber, wer das Festival überhaupt erlaubt hat. Er habe keine Genehmigung für die Großveranstaltung unterschrieben, so der Bürgermeister, der im Urlaub gewesen sein soll. »Die Abschlußgenehmigung hat einer unserer besten Kollegen abgezeichnet«, betonte er laut ddp-Meldung vom Donnerstag.

Die Duisburger Ratsfraktion Die Linke hat unterdessen eine Anfrage zu den möglichen Ursachen der Katastrophe vorgelegt, die mit der nach den entscheidenden Streitpunkten bei der Erarbeitung des Sicherheits- und Veranstaltungskonzeptes beginnt und insgesamt 27 Einzelfragen umfaßt. »Warum wurde der Tunnel als einziger Zugang geöffnet, obwohl es weitere direkte Zugänge zum Gelände gibt, zum Beispiel direkt am Hauptbahnhof und über die Koloniestraße?« will die Fraktion unter anderem wissen. »Stimmt es, daß die Leitung des Tiefbauamtes Duisburg mit dem vorgelegten Konzept aufgrund des Fassungsvermögens des Geländes, seiner Lage und dem Nadelöhr starke Bauchschmerzen hatte?« heißt es weiter. Andere Fragen thematisieren die späte Öffnung der Fluchtwege - und warum der Eingang zeitgleich als Ausgang fungierte, »so daß sich die ab- und zufließenden Massen gegenüberstanden und sich gegenseitig den Weg versperrten?«

Zudem befaßt sich das Papier mit den unterschiedlichen Angaben zur Teilnehmerzahl der Love Parade. Die Polizei sprach inzwischen von maximal 350000 Teilnehmern. Auch bei den Paraden in Essen und Dortmund sei man deutlich unter einer Million geblieben. Das Gelände des alten Güterbahnhofs in Duisburg war für maximal 250000 Personen ausgelegt. Der Veranstalter und die Stadt hatten im Vorfeld dennoch von 1,4 Millionen erwarteten Teilnehmern gesprochen. »Wie kommt es zu den völlig unterschiedlichen Zahlenangaben? Wieviele Teilnehmer waren tatsächlich vor Ort?« heißt es im Fragenkatalog der Linksfraktion, der auch die Regelung der Schadenersatzansprüche und die psychologische Betreuung der Angehörigen und Verletzten thematisiert.

Frage 22 bezieht sich auf Vorwürfe gegen die Bundespolizei, die E-Mails und Daten gelöscht haben soll, die mit dem Einsatzkonzept in Zusammenhang standen. Die von Hermann Dierkes für die Linksfraktion verfaßte Anfrage

verweist auf einen Onlineartikel, der im Nachrichtenportal DerWesten zu lesen war und mittlerweile auch gelöscht wurde.

Am kommenden Mittwoch, dem 4.August, kommt der Landtag in NRW zu einer Sondersitzung zusammen. Das berichtet die in Düsseldorf erscheinende Rheinische Post (Freitagausgabe). Die Tagung sei von der CDU beantragt worden. Deren Innenexperte Peter Biesenbach will unter anderem klären, welche Meldungen der Polizeieinsatzleitung in der letzten halben Stunde vor dem Unglück vorlagen.